



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

36. hét

2019.08.02.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *In den meisten Städten hat sich die Jobbik mit der Linken verbündet:*

Ohne Rücksicht auf ihr Glaubwürdigkeitsdefizit schließen sich die Jobbik und die relevanten Parteien der ungarischen Linken zusammen, um nach dem 13. Oktober möglichst viele Bürgermeister und Abgeordnete in die Kommunalverwaltungen delegieren zu können. Der Erfolg dieser Zusammenarbeit ist in Frage zu stellen, denn gegenwärtig sind weder Wechselstimmen der Wähler noch eine korrekte Koalitionsbildung garantiert.

Wirtschaftspolitik – *Neuester Rekord des Beschäftigungsniveaus in Ungarn:*

Eine entscheidende Frage für die Nachhaltigkeit der wachstumsorientierten und zugleich systematisch die Schulden abbauenden ungarischen Wirtschaftspolitik lautet, inwieweit die Beschäftigungspolitik der Regierung den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden kann. Die in der vergangenen Woche präsentierte Beschäftigungsquote von über 70 Prozent verrät ein erfolgreiches Arbeitsmarktmanagement.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Brüssel würde 6,6 Milliarden Forint für den Grenzschutz erstatten:*

Der die EU-Kommission noch bis zum 1. November leitende Jean-Claude Juncker möchte unbeeindruckt von einer früheren Bitte unseres Ministerpräsidenten gerade einmal 6,6 Milliarden Forint, also kaum mehr als ein Prozent der beim ungarischen Grenzschutz insgesamt angefallenen Kosten finanzieren. Derweil erhielten die spanische Regierung, Marokko und die Türkei Euromilliarden aus dem gemeinsamen Haushalt der Europäischen Union.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *István Tarlós würde bei Wahlen an diesem Sonntag gewinnen:*

Sechs Wochen vor den Kommunalwahlen sind die Popularitätswerte des amtierenden Oberbürgermeisters István Tarlós ungebrochen hoch. Sein Vorsprung gegenüber Herausforderer Gergely Karácsony beträgt 8 Prozentpunkte, wobei Tarlós allein mehr Stimmen sammeln würde (51 Prozent), als seine Rivalen zusammengenommen. Das Stadtoberhaupt ist erst vor einer Woche in den Wahlkampf gestartet; in den folgenden Wochen wird das Schwergewicht darauf liegen, wie gut es gelingt, die eigenen Anhänger zu aktivieren.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

IN DEN MEISTEN STÄDTEN HAT SICH DIE JOBBIK MIT DER LINKEN VERBÜNDET

Entgegen früheren Erklärungen der Opposition sind auf örtlicher Ebene landesweit gleich mehrere Übereinkünfte zustande gekommen, in deren Geist die ungarische Linke gemeinsame Kandidaten für die herbstlichen Kommunalwahlen mit der Jobbik aufstellt. Die Glaubwürdigkeit dieses Zusammenschlusses erscheint fraglich, zumal sich die nur noch über einstellige Sympathiewerte verfügende Jobbik in einem Zustand nahe am Kollaps befindet.

Während der Zeitraum für die Nominierung von Kandidaten seinem Ende entgegengeht, lassen sich an mehr und mehr Orten Vereinbarungen registrieren, wonach die Jobbik gemeinsame Kandidaten mit den Parteien der ungarischen Linken (DK, MSZP, Párbeszéd, Momentum-Bewegung, LMP) aufstellt. Der Kerngedanke dieses Vorgehens besagt, gegen den jeweiligen Kandidaten der Regierungsparteien nur einen einzigen Kandidaten der Opposition ins Rennen zu schicken, der das Prinzip einer maximierten Stimmenabgabe am effizientesten zur Geltung bringen könnte. Diese Vorstellung ist althergebracht, die damit einhergehenden Probleme wiederum sind neuartig: Zum einen funktioniert es nicht in jedem Fall perfekt, dass die Wähler bereit sind, ihre Stimme an Stelle der gewohnten Partei einem anderen Kandidaten der Opposition zu geben – damit aber wird das ursprüngliche Ziel vermehrter Stimmen verhindert. Zum anderen schließen sich hier selbst solche politischen Parteien zusammen, die früher ausgesprochen auf Konfrontationskurs miteinander waren.

Der in Eger als OB-Kandidat antretende Ádám Mirkóczki (Jobbik) warb 2017 noch genauso wie die komplette Jobbik-Führung dafür, dass man kein Wahlbündnis mit der Linken eingeht und auch nicht zu Gunsten von Kandidaten postkommunistischer Parteien zurücktreten wird. Gemessen daran genießt Mirkóczki in Eger die Unterstützung sämtlicher Parteien des linken Spektrums, während er selbst als Kandidat einer Bürgerinitiative antritt. Landesweit finden sich enorm viele Städte und Gemeinden – einschließlich der Hauptstadt –, wo die Jobbik mit der Linken zusammengegangen ist. Die Entwicklung in Debrecen hat derweil die größte Gefahr dieser Art von Zusammenarbeit gezeigt, namentlich den Verlust an Glaubwürdigkeit. Dort wollten neben der Jobbik auch die Momentum-Bewegung und die LMP jenen Gergely Kulcsár als OB-Kandidaten ins Rennen schicken, der einst das Holocaust-Denkmal der Schuhe für die in die Donau geschossenen Opfer schändete.

Den Absturz der Jobbik belegt des Weiteren, dass die Staatsanwaltschaft vergangene Woche Anklage gegen den Abgeordneten Gergely Farkas erhob. Solche und ähnliche Fälle führen dazu, dass die Jobbik in den letzten anderthalb Jahren einen bedeutenden Teil ihres Wählerlagers verlor. Um ihre letzten Positionen zu wahren, ist die Jobbik nunmehr genötigt, selbst noch mit jenem Ferenc Gyurcsány zusammenzuarbeiten, gegen den man seit 2006 politisierte.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

NEUESTER REKORD DES BESCHÄFTIGUNGSNIVEAUS IN UNGARN

Eine entscheidende Frage für die Nachhaltigkeit der wachstumsorientierten und zugleich systematisch die Schulden abbauenden ungarischen Wirtschaftspolitik lautet, inwieweit die Beschäftigungspolitik der Regierung den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden kann. Die in der vergangenen Woche präsentierte Beschäftigungsquote von über 70 Prozent verrät ein erfolgreiches Arbeitsmarktmanagement.

Nach den aktuellsten Arbeitsmarktdaten des Zentralamtes für Statistik (KSH) lag die Beschäftigungsquote in Ungarn im Zeitraum Mai bis Juli 2019 im Kreis der 15-64-Jährigen bei 70,1 Prozent. Das bedeutet konkret, dass in dieser Zeit im Lande mehr als 4,5 Millionen Menschen in Lohn und Brot standen, nochmals 0,8 Prozent mehr, als ein Jahr zuvor. Im Kreis der 20-64-Jährigen beträgt die gleiche Angabe sogar 75,3 Prozent. Beide Zahlen stellen Rekordwerte dar, denn in Ungarn konnte die Beschäftigungsquote seit 1990 bislang kein einziges Mal über 70 Prozent gesteigert werden. Im historischen Kontext betrachtet ist zu sehen, dass die Zahl der Berufstätigen im Verlauf der letzten neun Jahre von 3,7 auf 4,5 Millionen Personen zunahm. Das bedeutet einen Zuwachs um mehr als 800.000 Menschen, der obendrein überwiegend in der Wettbewerbssphäre realisiert werden konnte. Die Informationen von Seiten des Finanzministers Mihály Varga bekräftigen dies: Demnach stieg die Beschäftigtenzahl binnen eines Jahres um mehr als 73.000 Personen, während der Anteil der Personen in öffentlichen Arbeitsprogrammen systematisch abnimmt.

Der Beschäftigungsanstieg geht gleichzeitig mit einer sinkenden Arbeitslosigkeit einher. Bewegte sich die Erwerbslosenquote 2010, zur Zeit des Regierungswechsels, in Ungarn um 12 Prozent, fiel diese Quote in besagter Zeitspanne bis auf 3,4 Prozent zurück. In der gesamten Europäischen Union ist dies der fünftniedrigste Wert. Es bleibt eine fachpolitische Zielstellung, die Vollbeschäftigung zu

erreichen: Das Erreichen eines Wertes unter 3 Prozent gehört zu den Prioritäten. In diesem Sinne wurde erst kürzlich der Umbau der Arbeitsämter abgeschlossen. Dank dieses Programms, das zuerst in den Komitaten Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg auf den Weg gebracht wurde, konnten die umstrukturierten Beschäftigungsabteilungen mehr als 30.000 Stellensuchende erfolgreich vermitteln. Im Ergebnis des Programms zur Reformierung des Arbeitsmarktes verbesserte sich eindeutig die Effizienz der Sachbearbeitung, was am eindrucksvollsten damit belegt wird, dass 96 Prozent der vermittelten Arbeitnehmer auch nach drei Monaten weiter in einem Arbeitsverhältnis standen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

BRÜSSEL WÜRDE NUR 6,6 MILLIARDEN FORINT FÜR DEN GRENZSCHUTZ ZAHLEN

Die in Kürze scheidende Europäische Kommission will der ungarischen Regierung gerade einmal 1% der technischen Kosten für den 2015 errichteten Grenzzaun erstatten, was konkret bedeutet, dass Ungarn für das im Wert von 504 Milliarden Forint verwirklichte Grenzschutzsystem lediglich 6,6 Milliarden Forint an EU-Fördermitteln erhalten soll.

Die scheidende Europäische Kommission hat beschlossen, 20 Millionen Euro (umgerechnet 6,6 Milliarden Forint) der angefallenen Kosten des ungarischen Grenzschutzes zu erstatten. Obendrein darf diese Summe ausschließlich in diesem Jahr, zwecks Finanzierung des Bestands der Grenzschrützer am ungarisch-serbischen Grenzabschnitt verwendet werden. Ministerpräsident Viktor Orbán schrieb im Jahre 2017 erstmals einen Brief zu dem Thema an Jean-Claude Juncker, den Präsidenten der Europäischen Kommission, in dem er Brüssel darum ersuchte, die Hälfte der Kosten für die Errichtung des Grenzzauns und den Grenzschutz zu tragen. Der Regierungschef berief sich dabei darauf, dass Ungarn gleichzeitig die Südgrenze der Europäischen Union und des Schengen-Raums schütze: „Wir würden es als angemessen ansehen, wenn die Last der unsere Heimat bislang als Kosten auftretenden 270 Milliarden Forint (883,2 Millionen Euro) jeweils zur Hälfte durch die Europäische Union und durch Ungarn getragen wird.“ Die Brüsseler Bürokraten reagierten jetzt, nachdem sie zwei Jahre lang auf Zeit spielten, auf das Schreiben des Ministerpräsidenten, wonach die Kommission gerade mal 1% der Kosten für den Grenzschutz zu erstatten bereit ist – in welchen Kosten der Preis für die Errichtung des Grenzzauns ebenso wie die Bezüge der auf Streife befindlichen Polizisten und

Soldaten sowie die zum Einsatz gelangte Technik enthalten sind. Die Europäische Kommission hatte vor anderthalb Jahren noch Zusagen gemacht, nahezu 50 Prozent der Kosten erstatten zu wollen. Regierungssprecher István Hollik erklärte gegenüber Leitmedien des Landes, dass die Regierung Ungarns seit 2015 insgesamt 504 Milliarden Forint für den Grenzschutz aufgewandt habe. Interessant an der Geschichte ist auch, dass Brüssel im Jahre 2016 Bulgarien Zuwendungen in Höhe von 100 Million Euro gewährte und die Bestrebungen des Balkanlandes im Grenzschutz darüber hinaus mit Grenzschützern und neuen Fahrzeugen unterstützte. Im Jahre 2018 gestand Brüssel zudem Spanien eine Schnellhilfe in Höhe von 36 Millionen Euro für den Umgang mit der illegalen Einwanderung zu, bzw. um die Seegrenze und die Grenze Spaniens zu Marokko zu sichern. Die größte Summe erhielt mit 6 Milliarden Euro die Türkei, um jene Massen von Migranten zurückzuhalten, die auf die griechischen Inseln drängen. In den Verträgen der Europäischen Union ist der Schutz der Außengrenzen eindeutig aufgeführt, wonach „die Außengrenzen des Schengen-Raums einer besonderen Kontrolle unterliegen, wobei diese Grenzkontrollen durch die Länder mit Außengrenzen vorzunehmen sind“. Ergo lässt sich aus den Aussagen im Vertrag eindeutig ableiten, dass Ungarn mit dem Schutz der südlichen Grenze Aufgaben versieht, die dem Land innerhalb der Gemeinschaft zufallen. Im Falle gemeinsam ausgeübter Befugnisse aber lässt sich auch der Anspruch auf eine Co-Finanzierung nachvollziehen.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

ISTVÁN TARLÓS WÜRDE BEI WAHLEN AM SONNTAG GEWINNEN

Das politische Ringen um das Amt des Oberbürgermeisters wird im kommenden Monat so recht an Fahrt aufnehmen, denn die Wahlkampfphase nach Nominierung der Kandidaten wird zahlreiche politische Schlachten mit sich bringen. In der vergangenen Woche wurde István Tarlós der erste offizielle Kandidat um das Amt des Oberbürgermeisters, nachdem die erforderlichen 5.000 gültigen Unterschriften für seine Empfehlung außerordentlich schnell gesammelt wurden. Eine relevante Frage der Kommunalwahlen am 13. Oktober lautet, welcher Kandidat sein Anhängerlager wirklich aktivieren kann. Laut der jüngsten Erhebung des Nézőpont-Instituts unter 500 Befragten in Budapest erscheint der Vorsprung von István Tarlós uneinholbar: Würden die Wahlen am kommenden Sonntag stattfinden, hätte der amtierende Oberbürgermeister die Unterstützung von 51 Prozent der

entschlossenen Wähler sicher, während für Gergely Karácsony 43 Prozent und für Róbert Púzsér 6 Prozent stimmen würden. Die führende Position von István Tarlós erklärt sich gleich aus mehreren Gründen: Der amtierende Stadtvater kann im Interesse von Budapest den entsprechenden Ton mit der politischen Führung des Landes finden, wobei er an Stelle unnötiger Konflikte auf Stabilität und das ständige Akquirieren von Finanzmitteln drängt. In beiden Dimensionen ist dies nach Ansicht der Bewohner von Budapest die richtige Einstellung eines Politikers. Denn gleich 58 Prozent der Befragten meinten, im Falle eines Oberbürgermeisters sei das richtige Herangehen an die Rolle als Stadtoberhaupt, zur Kooperation mit der politischen Führung des Landes imstande zu sein. Gemessen daran glaubten nur 30 Prozent, die richtige Entscheidung würde in einem Politisieren bestehen, bei dem die Zusammenarbeit mit der Regierung in den Hintergrund gedrängt wird. Die Position eines István Tarlós stärkt, dass gleich 56 Prozent der Sympathisanten der MSZP eine kooperative Stadtführung als bessere Entscheidung im Vergleich zur Konfliktsuche begrüßen würden; ebenso wie 33 Prozent der Anhänger der Momentum-Bewegung, 32 Prozent der DK-Wähler und 25 Prozent der Jobbik-Wähler. Das zeigt einmal mehr, dass ein Teil der Sympathisanten der Opposition bereit wäre, seine Stimme dem amtierenden Oberbürgermeister zu geben. Ebenfalls zum Vorteil dürfte Tarlós reichen, dass ihn eine deutliche Mehrheit der Befragten (62 Prozent) als geeignet betrachtet, der Hauptstadt die meisten Finanzmittel zu beschaffen. Die gleiche Zahl verhält sich bei Gergely Karácsony als ausgesprochen niedrig, nachdem gerade einmal 9 Prozent der Befragten den Bürgermeister des Stadtbezirks Zugló für geeignet ansehen, Budapest die benötigten Finanzmittel sicherzustellen. Der dritte Grund, mit dem sich der Vorsprung des jetzigen Oberbürgermeisters erklären lässt, ist weniger in Zahlen auszudrücken, aber auf jeden Fall existent, wonach es grundsätzlich schwieriger ist, einen Amtsinhaber zu besiegen. Dessen ungeachtet wird der Wettbewerb um die Mobilisierung der Wähler eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellen.

PROGNOSE

- Am 2. September fängt das neue Schuljahr 2019/20 an, das bis zum 15. Juni 2020 andauern wird, geht aus einer Verordnung des Ministeriums für Humanressourcen (EMMI) hervor. Mit dem ersten Tag des neuen Monats treten aber noch zahlreiche weitere Änderungen in Kraft.

Am Montag beginnt für annähernd anderthalb Millionen Kinder an den Grund- und Mittelschulen wieder der Unterricht. Noch vor dem Schulbeginn wurden aber zahlreiche Entscheidungen in Verbindung mit dem Bildungswesen getroffen: So konnten mehr als 350 Leiter von Schuleinrichtungen ihre Berufungsurkunden aus den Händen von Bildungsstaatssekretär József Bódis entgegennehmen, unter denen 108 erstmals als Direktoren fungieren. Abgesehen davon, dass die Schüler der Klassenstufen 1-9 nicht mehr für die Schulbücher bezahlen müssen, wurden den Familien – um die materiellen Lasten des Schulanfangs zu mindern – auch in diesem Jahr die eigentlich im September anstehenden Familienzuschüsse vorzeitig ausgezahlt, während mehrere tausend bedürftige Familien kostenlose Pakete mit Schulmaterialien durch Hilfsorganisationen und Kirchengemeinden erhielten. Eine wichtige Veränderung ergibt sich damit, dass das Portfolio des Hochschulwesens mit Wirkung vom 1. September vom EMMI in die Befugnisse des durch László Palkovics geleiteten Ministeriums für Innovationen und Technologien (ITM) gelangte. Diese Entscheidung war bereits früher aufgeworfen worden, nachdem Palkovics zwecks steigender Effizienz von Forschung und Bildung am Arbeitsmarkt bereits bislang für die Gebiete der Erwachsenen- und der Berufsausbildung zuständig war, die in enger Korrelation mit dem Hochschulsektor stehen.